

WIFO

A-1103 WIEN, POSTFACH 91
TEL. 798 26 01 • FAX 798 93 86

 **ÖSTERREICHISCHES INSTITUT FÜR
WIRTSCHAFTSFORSCHUNG**

**Ausländer in Österreich –
vier Fragen zu ihrer Integration**

Julia Bock-Schappelwein

September 2004

Ausländer in Österreich – vier Fragen zu ihrer Integration

Julia Bock-Schappelwein

Studie des Österreichischen Instituts für Wirtschaftsforschung
im Auftrag des Bundesministeriums für Finanzen und
des Bundesministeriums für Wirtschaft und Arbeit

Begutachtung: Gudrun Biffi

Wissenschaftliche Assistenz: Julia Hudritsch

September 2004

Ausländer in Österreich — vier Fragen zu ihrer Integration

Inhaltsverzeichnis	Seite
Vorwort	2
Einleitung	2
Die Qualifikationsstruktur der AusländerInnen in Österreich	3
<i>Bipolare Qualifikationsstruktur der ausländischen Wohnbevölkerung</i>	3
<i>Die bipolare Beschäftigungsstruktur gilt auch für ausländische Erwerbspersonen</i>	4
<i>Steigende Tendenz zu weiterführender Ausbildung unter ausländischen Jugendlichen in Österreich</i>	8
Die Nettoeffekte der Zuwanderung auf das Sozialversicherungssystem	11
Die Auswirkungen des Schlüsselkraftabkommens auf den österreichischen Arbeitsmarkt	15
Literatur	19

Vorwort

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit (BMWA) beauftragte die beiden Forschungsinstitute WIFO und IHS, die nachstehenden Fragen zur "AusländerInnenintegration" zu beantworten:

- Qualifikationsstruktur der AusländerInnen in Österreich
- Qualifikationsstruktur der 2. ImmigrantInnen-Generation in Österreich
- Nettoeffekte der Zuwanderung auf das österreichische Sozialversicherungssystem
- Auswirkungen des Schlüsselkraftabkommens auf den österreichischen Arbeitsmarkt

Da das WIFO zu allen Forschungsfragen bereits Forschungsarbeiten — zum Teil im Auftrag des BMWA — durchgeführt hat, wird im Folgenden ein Überblick über die Hauptaussagen gegeben. Bereits publizierte Ergebnisse, die sich auf frühere Erhebungszeitpunkte beziehen, werden um das zuletzt verfügbare Datenmaterial ergänzt.

Aufgrund unterschiedlicher Forschungstätigkeiten werden sich WIFO und IHS bei der Beantwortung der aufgeworfenen Fragen inhaltlich abgrenzen.

Einleitung

Das Angebot an ausländischen Arbeitskräften wird seit den neunziger Jahren zunehmend heterogener, zumal die Arbeitskräftemobilität innerhalb der EU ansteigt und sich die Zuwanderung aus Ost-Mitteuropa verstärkt. Darüber hinaus wandern Flüchtlinge, AsylwerberInnen und Familienangehörige von niedergelassenen ausländischen Arbeitskräften nach Österreich (*Hintermann, 2000*). Hochqualifizierte Arbeitskräfte aus dem EU/EWR-Raum und neuerdings aus den neuen EU-Mitgliedsstaaten zeichnen sich durch einen zeitlich begrenzten Aufenthalt in Österreich aus, während sich durchwegs schlecht ausgebildete AusländerInnen aus den traditionellen Gastarbeiterregionen in Südeuropa und der Türkei in Österreich dauerhaft niederlassen (*Biffi, 2002*). In den neunziger Jahren versuchte Österreich erfolglos, hoch qualifizierte Arbeitskräfte dauerhaft nach Österreich zu holen. Infolge der Neuregelung des Zugangs ausländischer Arbeitskräfte auf den österreichischen Arbeitsmarkt können höher qualifizierte Personen, die sich dauerhaft in Österreich niederlassen, seit Anfang 2003 über quotenpflichtige Ersteinwanderungsbewilligungen als Schlüsselkräfte sowie über quotenfreie Ersteinwanderungsbewilligungen als Medienbedienstete, Künstler und Unselbstständige, die vom AuslBG ausgenommen sind, auf den österreichischen Arbeitsmarkt treten. Entgegen den Zuwanderungsströmen der letzten Jahrzehnte fördert diese Art der Akquirierung ausländischer Arbeitskräfte nicht nur die Wettbewerbsfähigkeit in wachsenden Branchen sondern auch die Zahl der ForscherInnen in Österreich.

Der nachfolgende Abschnitt beschreibt die Qualifikationsstruktur der ausländischen Wohnbevölkerung im Allgemeinen und die der ausländischen Erwerbspersonen im Speziellen. Zudem werden die veränderten Ausbildungsmuster ausländischer Jugendlicher seit Anfang der neunziger Jahre untersucht. Die daraus ableitbaren arbeitsmarktrelevanten Ergebnisse sowie die Bildungsausgaben für ausländische Jugendliche fließen in den darauf folgenden Abschnitten zur Berechnung der Einnahmen und Ausgaben der sozialen Sicherheit der AusländerInnen in Österreich ein. Im abschließenden Teil werden die Auswirkungen des Schlüsselkraftabkommens auf den österreichischen Arbeitsmarkt untersucht.

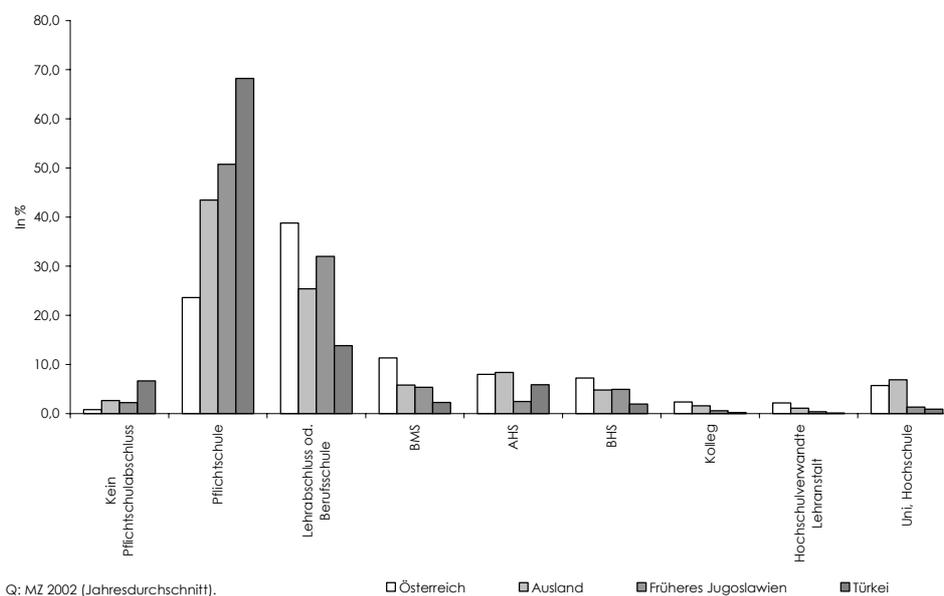
Die Qualifikationsstruktur der AusländerInnen in Österreich

Bipolare Qualifikationsstruktur der ausländischen Wohnbevölkerung

Dem Mikrozensus 2002 zufolge haben Zuwanderer häufiger als ÖsterreicherInnen keinen Pflichtschulabschluss. Im Jahresdurchschnitt 2002 besaß 1% der Wohnbevölkerung im Alter zwischen 15 und 64 Jahren in Österreich keinen Pflichtschulabschluss, d. h. 0,8% der inländischen Wohnbevölkerung und 2,6% der ausländischen Wohnbevölkerung bzw. 2,2% der Wohnbevölkerung (15-64) aus dem früheren Jugoslawien und 6,6% aus der Türkei. Dieses Bildungsdefizit trifft vor allem junge Erwachsene, die sich erst nach dem 6. Lebensjahr im Rahmen der Familienzusammenführung in Österreich niederlassen und mit 15 Jahren ohne Abschluss der Pflichtschulausbildung oder nach Besuch einer Sonderschule aus dem Schulsystem ausscheiden (*Biffi — Bock-Schappelwein, 2003b*). Für das vorzeitige Ausscheiden von MigrantInnen aus dem Schulsystem sind deutschen Studien zufolge hauptsächlich sprachliche Probleme¹⁾ verantwortlich, aber auch der seit den neunziger Jahren zwar schwächer werdende Umstand, dass zur Aufrechterhaltung des Familieneinkommens ein rascher Eintritt ins Erwerbsleben als Hilfsarbeiter seitens der Familie gefördert wird (*Romaus, 1998, Bayrisches Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen, 2003*). Darüber hinaus behindert oftmals die prekäre Wohnsituation die Lernmöglichkeiten.

¹⁾ Die sprachlichen Probleme haben ihren Ursprung bereits im Kleinkindalter, da ausländische Kinder viel seltener als inländische Kinder Kindergärten besuchen. Die dadurch entstehenden sprachlichen und kulturellen Defizite können niemals mehr aufgeholt werden.

Abbildung 1: Wohnbevölkerung (15 bis 64 Jahre) nach höchster abgeschlossener Ausbildung und Staatsbürgerschaft (MZ Jahresdurchschnitt 2002)



Insgesamt wiesen 74,6% der inländischen und 77,3% der ausländischen Wohnbevölkerung Qualifikationen unterhalb des Maturaniveaus auf. Innerhalb der Gruppe der AusländerInnen bestanden große Unterschiede nach Nationalitäten — während 90,3% der ex-jugoslawischen und 91% der türkischen Wohnbevölkerung im Alter zwischen 15 und 64 Jahren Qualifikationen unterhalb des Maturaniveaus aufwiesen, lag dieser Anteil bei allen übrigen AusländerInnen mit 57,4% sogar unterhalb des Niveaus der InländerInnen.

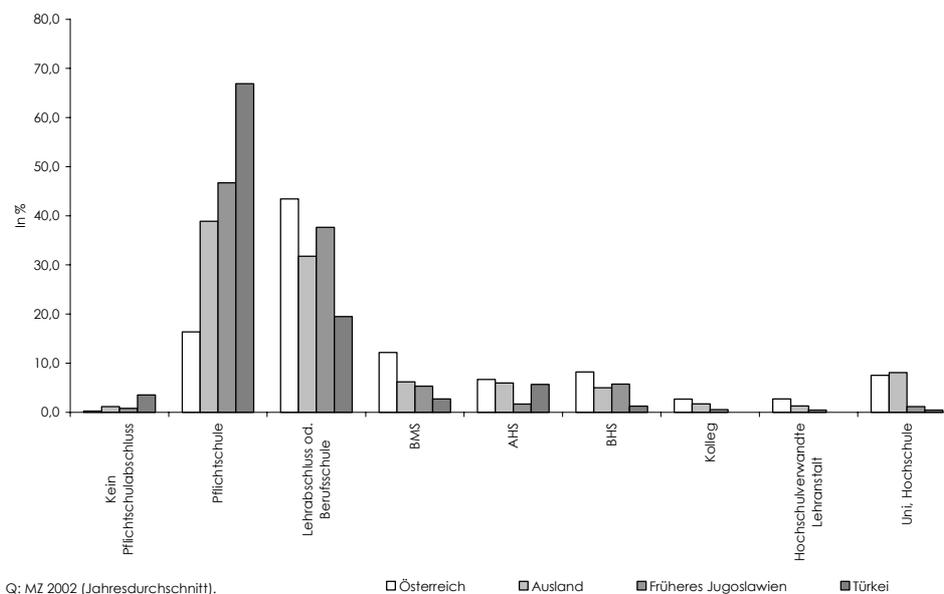
Zugleich verfügten 5,7% der inländischen und 6,9% der ausländischen 15 bis 64-jährigen Wohnbevölkerung über einen Hochschulabschluss. Auch in diesem Segment gibt es starke Unterschiede zwischen den Nationalitäten; sie reicht von 0,9% der türkischen Wohnbevölkerung mit Hochschulausbildung über 1,3% der ex-jugoslawischen bis zu 15,5% aller übrigen AusländerInnen. Daraus wird ersichtlich, dass die ausländische Wohnbevölkerung an beiden Polen des Bildungssystems angesiedelt ist. Während insbesondere MigrantInnen aus dem früheren Jugoslawien und der Türkei insbesondere in den unteren Bildungsbereichen überproportional stark vertreten sind, sind EU-/EWR-BürgerInnen und Personen aus Ost-Mitteuropa häufig hoch qualifiziert.

Die bipolare Beschäftigungsstruktur gilt auch für ausländische Erwerbspersonen

Dieses bipolare Qualifikationsmuster gilt nicht nur für die ausländische Wohnbevölkerung im Alter zwischen 15 und 64 Jahren, sondern auch für Erwerbstätige und Arbeitslose. Infolge von Auslesemechanismen sind Erwerbspersonen allerdings im Schnitt besser qualifiziert als die gesamte Wohnbevölkerung. Der gleichen Datenbasis zufolge hatten 2002 insgesamt 0,3% der

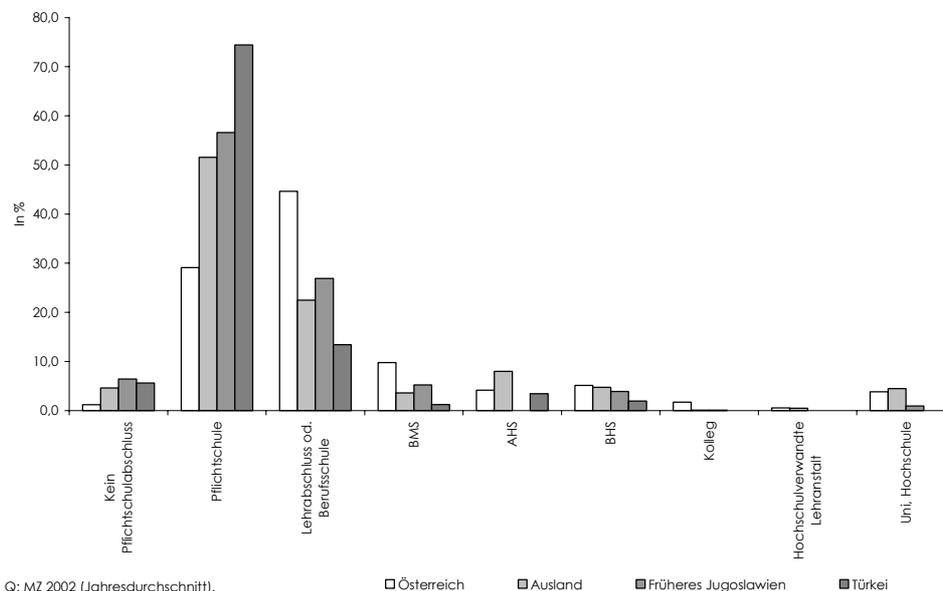
Erwerbstätigen keinen Pflichtschulabschluss (0,2% der inländischen und 1,1% der ausländischen Erwerbstätigen) sowie 1,8% der Arbeitslosen.

Abbildung 2: Erwerbstätige nach höchster abgeschlossener Ausbildung und Staatsbürgerschaft (MZ Jahresdurchschnitt 2002)



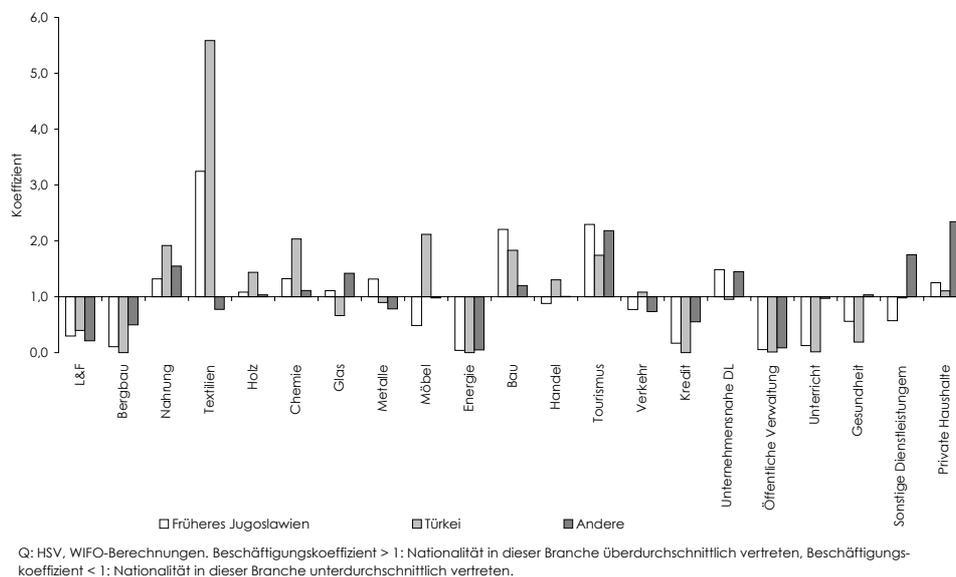
Gleichzeitig verfügten 7,6% über einen Hochschulabschluss; d.h. 7,5% der inländischen und 8,1% der ausländischen Erwerbstätigen. Die unterschiedlichen Qualifikationsmuster zwischen AusländerInnen aus den traditionellen Gastarbeiterregionen und Personen aus dem EU-/EWR-Raum bzw. Ost-Mittleuropa zeigen sich im Bereich der Erwerbstätigen noch deutlicher: während 0,8% der Erwerbstätigen aus dem früheren Jugoslawien und 3,5% aus der Türkei keinen Pflichtschulabschluss haben, liegt der Anteil bei den übrigen AusländerInnen mit 0,6% darunter. Dagegen verfügen 20,4% der Erwerbstätigen aus der EU/EWR bzw. Ost-Mittleuropa über einen Hochschulabschluss, entgegen 1,1% der ex-jugoslawischen und 0,5% der türkischen Erwerbstätigen. Das gleiche Bild zeigt sich auch bei arbeitslosen Personen gemäß Mikrozensus: arbeitslose Personen aus dem früheren Jugoslawien und der Türkei besitzen überdurchschnittlich oft keinen Pflichtschulabschluss und arbeitslose Personen aus dem EU-/EWR-Raum und Ost-Mittleuropa sind vergleichsweise höher qualifiziert.

Abbildung 3: Arbeitslose nach höchster abgeschlossener Ausbildung und Staatsbürgerschaft (MZ Jahresdurchschnitt 2002)



Angesichts der großen Qualifikationsunterschiede zwischen ausländischen Arbeitskräften nach Staatsangehörigkeit überrascht die Konzentration bestimmter Ausländergruppen auf wenige Branchen nicht. Dem Mikrozensus 2002 zufolge arbeiten Erwerbstätige aus dem früheren Jugoslawien überdurchschnittlich oft in saisonabhängigen Branchen (Tourismus, Bauwesen), weiters in der Nahrungs- und Genussmittelerzeugung, Textil-, Bekleidungs-, Ledererzeugung, Chemieindustrie, Metallerzeugung, unternehmensnahen Dienstleistungen und in den privaten Haushalten. Türkische Erwerbstätige sind ebenfalls in den saisonabhängigen Branchen (Bauwesen, Tourismus), in der Textil-, Bekleidungs- und Ledererzeugungen, in der Nahrungs- und Genussmittelerzeugung, in der Holzverarbeitung, in der Möbel- und Chemieindustrie und im Handel überdurchschnittlich oft anzutreffen. Obwohl Personen aus Ost-Mitteleuropa ähnlich gut qualifiziert sind wie Personen aus dem EU-/EWR-Raum, werden sie oftmals unter ihren Qualifikationen eingesetzt (Demel — Bender, 1999). Deshalb streuen die Beschäftigungsschwerpunkte aller übrigen AusländerInnen sehr stark über die Branchen. Sie reichen von der Nahrungs- und Genussmittelerzeugung, über Glas-, Steinwarenerzeugung, Bauwesen, Tourismus, unternehmensnahe Dienstleistungen bis hin zu den privaten Haushalten.

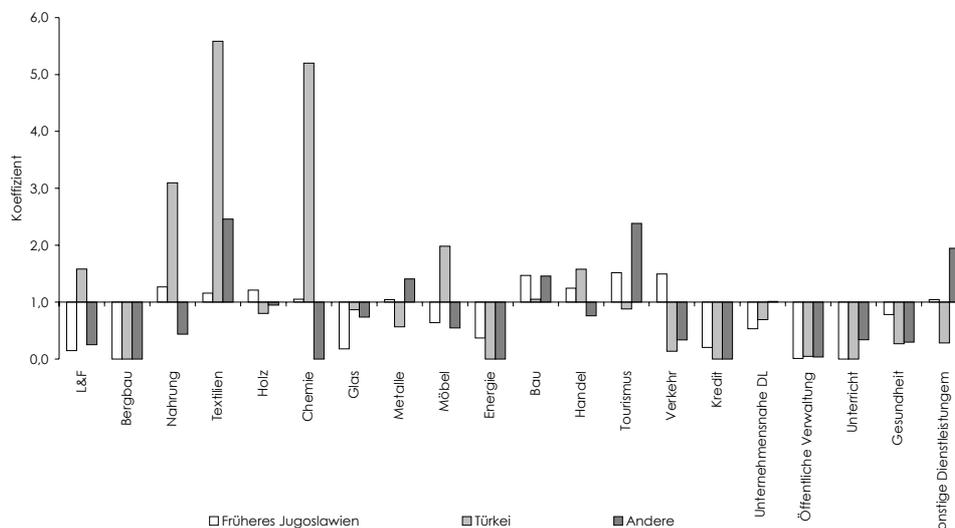
Abbildung 4: Beschäftigungsschwerpunkte der Erwerbstätigen nach Staatsbürgerschaft (MZ Jahresdurchschnitt 2002)



Die Jugendlichen aus dem früheren Jugoslawien arbeiten in denselben Branchen wie die Erwachsenen, nämlich in der Nahrungs- und Genussmittelerzeugung, Textil-, Bekleidungs- und Lederindustrie, Holzindustrie, Bauwesen, Tourismus, Verkehr und darüber hinaus im Handel; dasselbe gilt für türkische Jugendliche und Erwachsene. Sie haben in den aufgezählten Branchen nicht nur die Möglichkeit, Lehrberufe zu erlernen, sondern auch Hilfs- und Anlern-tätigkeiten auszuüben. Die Tatsache, dass jugendliche AusländerInnen häufig auf dieselben Branchen beschränkt sind wie ihre Eltern, ist zum Teil die Folge der qualifikationsspezifischen Konzentration von Zuwanderern der ersten und zweiten Generation auf Hilfs- und Anlern-tätigkeiten in der Konsumgütererzeugung und Bauwirtschaft und zum Teil die Folge der Arbeitskräftenachfrage nach bestimmten Arbeits- und Lohnbedingungen²⁾. Durch den verstärkten Wettbewerbsdruck in diesen Branchen vermindern sich allerdings die Beschäftigungsmöglichkeiten von neu in den Arbeitsmarkt eintretenden Jugendlichen. Strukturwandel und Beibehaltung der Ausbildungsmuster der Eltern sind auch ein wesentlicher Grund, weshalb die Arbeitslosigkeit unter jugendlichen MigrantInnen vergleichsweise hoch ist und die Tendenz, völlig aus dem Arbeitsmarkt auszusteigen, wie dies unter türkischen Mädchen verstärkt auftritt, zunimmt (Biffli, 2004). Ein Blick auf den Wandel der Ausbildungsmuster wird zeigen, dass sich zwar die gängigen Ausbildungsmuster von jugendlichen MigrantInnen in den letzten 10 Jahren zugunsten weiterführender Ausbildung gewandelt haben und damit ihre Integrations- und Beschäftigungsperspektiven. Trotzdem gibt es immer noch verhältnismäßig viele ausländische Jugendliche, die — wenn überhaupt — höchstens die Pflichtschule abschließen.

²⁾ Ähnliche Erfahrungen beschreibt Thränhardt (1999) für Deutschland.

Abbildung 5: Beschäftigungsschwerpunkte der 15-24-jährigen Erwerbstätigen nach Staatsbürgerschaft (MZ Jahresdurchschnitt 2002)



Q: HSV, WIFO-Berechnungen. Beschäftigungskoeffizient > 1: Nationalität in dieser Branche überdurchschnittlich vertreten, Beschäftigungskoeffizient < 1: Nationalität in dieser Branche unterdurchschnittlich vertreten.

Steigende Tendenz zu weiterführender Ausbildung unter ausländischen Jugendlichen in Österreich

Bis in die neunziger Jahre nahm die österreichische Bildungspolitik die schulischen Probleme der niedergelassenen MigrantInnenkinder nur am Rande wahr. Durch die Flüchtlingsströme aus dem früheren Jugoslawien entstand eine Konkurrenzsituation um Förderleistungen zwischen in Österreich lebenden ausländischen Jugendlichen und solchen, die im Zuge der Kriegswirren³⁾ nach Österreich kamen, da das österreichische Bildungssystem auf diesen Ansturm nicht vorbereitet war. Daher ist es auch nicht verwunderlich, dass ausländische Jugendliche im Schnitt schlechter qualifiziert sind als inländische. Im Laufe der neunziger Jahre verbesserten sich die Bildungsmuster⁴⁾ niedergelassener ausländischer Jugendlicher in Österreich und der Trend zu weiterführender Ausbildung⁵⁾ setzte ein.

Zwischen den Schuljahren 1989/90 und 2002/03 stieg die Zahl ausländischer SchülerInnen in Österreich um das Eineinhalbfache von 43.100 auf 114.300, während die Zahl inländischer SchülerInnen um 19,7% auf 1,104.700 anwuchs. Die Zahl ausländischer SchülerInnen nahm überproportional stark in den weiterführenden Schulformen berufsbildende mittlere und höhere Schulen zu. Wiederum gibt es spezifische Entwicklungen zwischen den Nationali-

³⁾ Näheres zum Schulbesuch von Flüchtlingskindern in Deutschland in *Apitzsch (1999)*.

⁴⁾ Näheres zu den Bildungsmustern ausländischer Jugendlicher in Bayern in *Allmendinger — Hinz (1998)*.

⁵⁾ *Santel (2000)* zeigt für Deutschland die steigende Tendenz der dritten Gastarbeitergeneration zu weiterführender Ausbildung.

täten⁶⁾: die Zahl der SchülerInnen aus dem früheren Jugoslawien nahm verhältnismäßig stark in den berufsbildenden mittleren und höheren sowie allgemeinbildenden höheren Schulen zu, die Zahl türkischer Jugendlicher stieg insbesondere in polytechnischen Lehrgängen sowie in berufsbildenden mittleren und höheren Schulen. Alle übrigen ausländischen SchülerInnen besuchten gleichfalls verstärkt berufsbildende mittlere und höhere Schulen sowie polytechnische Schulen.

In allgemeinbildenden höheren Schulen erhöhte sich der Ausländeranteil von 2,6% (1989/90) auf 5,7% (2002/03), in berufsbildenden mittleren Schulen von 3% auf 8% sowie in berufsbildenden höheren Schulen von 1,4% auf 5,2%. Insgesamt stieg der Ausländeranteil an allen Schulformen von 4,5% auf 9,4%.

Überdurchschnittlich hohe Ausländeranteile gibt es — demographisch bedingt — in Volks- und Hauptschulen, sowie in polytechnischen Schulen und Sonderschulen⁷⁾. Bedenklich für die Integration ist der weiterhin überdurchschnittlich hohe Ausländeranteil in Sonderschulen mit 19,2% (nach 15,1% 1989/90). Obwohl immer noch 3,6% der türkischen und 2,3% der ex-jugoslawischen SchülerInnen diese Schulform besuchen, konnte ihr Anteil gegenüber 1989/90 merklich verringert werden (1989: Türkei: 9,2%, früheres Jugoslawien: 6,9%). Diese Daten verdeutlichen, dass zwar Fördermaßnahmen erste Wirkung zeigen, dass aber immer noch verhältnismäßig viele ausländische Jugendliche in Sonderschulen unterrichtet werden.

Der überdurchschnittlich hohe Ausländeranteil in polytechnischen Schulen deutet darauf hin, dass ausländische Jugendliche häufig diese Schulform zur Absolvierung des 9. Schuljahres nutzen und danach entweder eine Lehrausbildung beginnen oder sofort als Hilfs- oder Anlernarbeiter auf den Arbeitsmarkt treten. Aufgrund des unterdurchschnittlichen Anteils ausländischer Jugendlicher in berufsbildenden Pflichtschulen ist allerdings eher die zweite Variante anzunehmen.

Im Studienjahr 2002/03 gab es in Österreich insgesamt 30.400 ausländische Studierende an wissenschaftlichen Universitäten (26.900), Universitäten der Künste (3.000) und Fachhochschulen (500), d. h. um 13.100 bzw. 75,6% mehr als 1989/90. Die meisten ausländischen Studierenden kommen ausschließlich zu Studienzwecken nach Österreich. Ein Anteil von rund 13% ausländischer Studierende aus dem früheren Jugoslawien und 6% aus der Türkei sagt aus, dass mehr Jugendliche aus diesen beiden Ländern in Österreich studieren als hier die Matura-reife erlangen. Es ist daher anzunehmen, dass sich ihre Zahl aus so genannten Bildungsinländern⁸⁾ und Bildungsausländern zusammensetzt.

⁶⁾ *Olechowski — Persy* (1993) zufolge wird die Wahl des Bildungsweges besonders auf sozialer Ebene entschieden und nicht vorrangig von der Staatsbürgerschaft. Die Unterschiede zwischen den Nationalitäten sind eine Folge dieser Entscheidungsmechanismen.

⁷⁾ *Powell — Wagner* (2001) beschreiben eine ähnliche Sonderschulproblematik für ausländische Jugendliche in Deutschland.

⁸⁾ Näheres hierzu unter *RWI* (2001). Zur Situation von Bildungsinländern in Deutschland siehe *Jeschek* (2001).

Abbildung 6: Ausländeranteil nach Schulformen zwischen 1989/90 und 2002/03

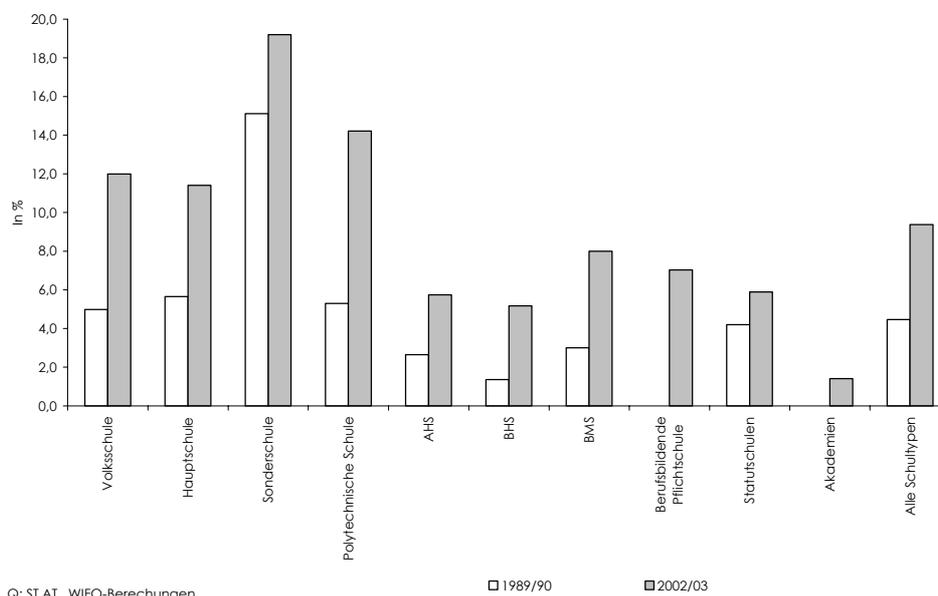
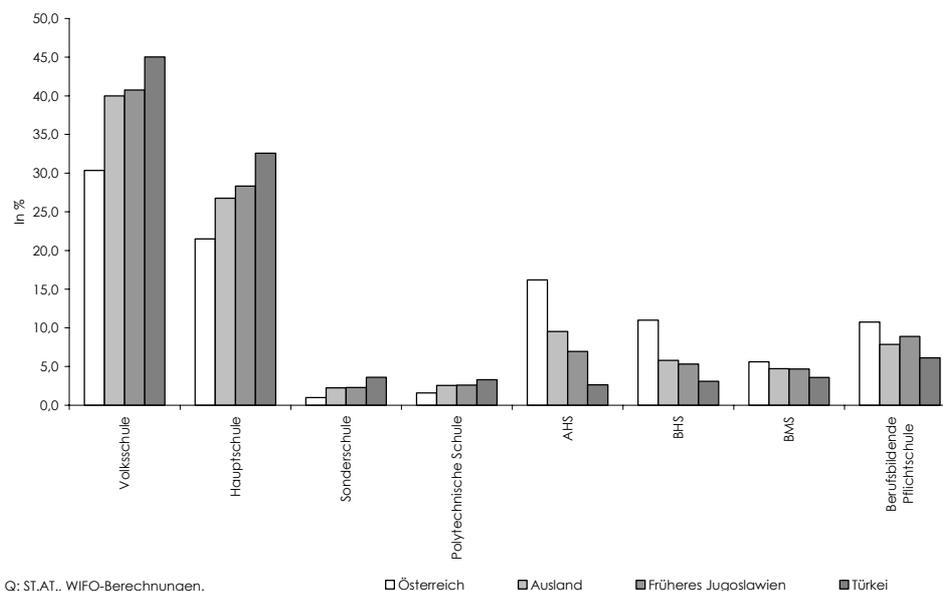


Abbildung 7: Verteilung der SchülerInnen auf die Schulformen im Schuljahr 2002/03

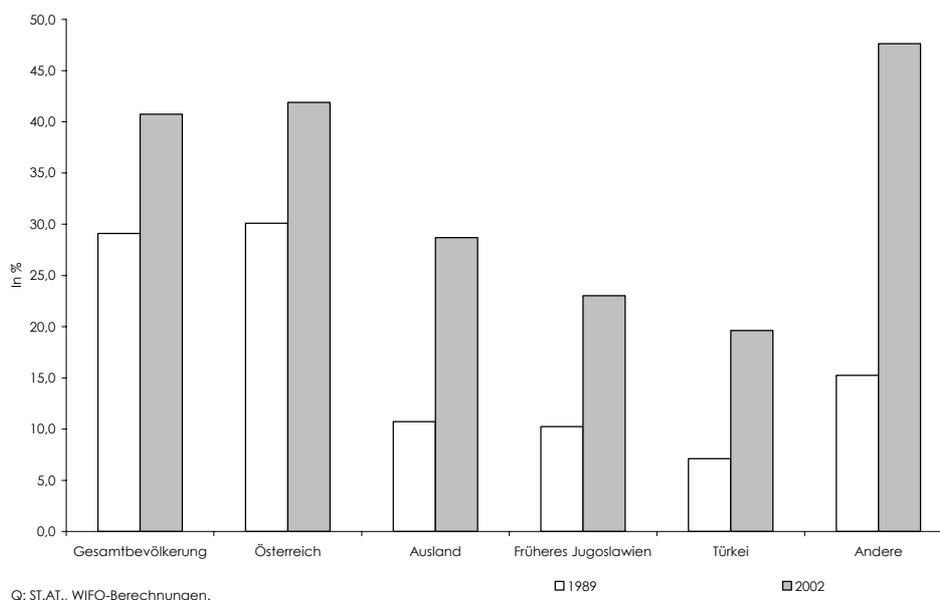


Der Trend zu weiterführender Ausbildung unter ausländischen Jugendlichen ist einerseits die Folge des verstärkten Zustroms von ausländischen Jugendlichen aus dem EU-/EWR-Raum und Ost-Mittleuropa in das österreichische Bildungssystem⁹⁾, die ähnliche Bildungsmuster ver-

⁹⁾ Die Zahl ausländischer SchülerInnen aus anderen Staaten als früheres Jugoslawien und Türkei stieg zwischen dem Schuljahr 1989/90 und 2002/03 um das Zweieinhalbfache auf 36.800.

folgen wie inländische SchülerInnen. Andererseits erhöht sich die Bildungsneigung von ausländischen Jugendlichen der zweiten Gastarbeitergeneration, die entweder bereits in Österreich geboren wurden bzw. schon sehr lange in Österreich niedergelassen sind (Biffl, 2004). Gemessen an den Alterskohorten besuchten im Schuljahr 1989/90 29,1% der 15 bis 19-Jährigen berufsbildende mittlere und höhere Schulen, d. h. 30,1% der inländischen und 10,7% der ausländischen Jugendlichen (bzw. 10,2% der ex-jugoslawischen, 7,1% der türkischen Jugendlichen und 15,2% der Jugendlichen aus allen übrigen Herkunftsregionen). Dreizehn Jahre später, im Schuljahr 2002/03, waren es bereits deutlich mehr; bundesweit besuchten 40,7% der 15 bis 19-Jährigen berufsbildende mittlere und höhere Schulen. Die höchsten Steigerungsraten gemeinsam mit dem höchsten Anteil an den Alterskohorten verbuchten ausländische Jugendliche aus dem EU-/EWR-Raum bzw. Ost-Mitteuropa. Aber auch Jugendliche aus den Gastarbeiterregionen verzeichneten durchwegs beachtliche Anstiege.

Abbildung 8: Anteil der SchülerInnen in berufsbildenden mittleren und höheren Schulen an der Altersgruppe der 15- bis 19-Jährigen



Die Nettoeffekte der Zuwanderung auf das Sozialversicherungssystem

Die Nettoeffekte der Zuwanderung auf das österreichische Sozialversicherungssystem gewinnen seit den frühen achtziger Jahren zunehmend an Bedeutung (Kogan, 2002). Bis dahin war dies nämlich kein Thema, zumal insbesondere junge ausländische Arbeitskräfte aus dem Ausland angeworben wurden, die mehr ins Sozialsystem einzahlten als sie daraus in Anspruch nahmen; zudem war die Arbeitslosigkeit sehr gering. Erst die zunehmende Heterogenität der Zuwanderung (Familiengemeinschaft, Flüchtlinge, AsylwerberInnen, Saisonarbeitskräfte, Arbeitskräfte aus dem EU-/EWR-Raum) gekoppelt mit steigendem Angebot an inländischen

Arbeitskräften infolge des Eintretens der Babyboomgeneration in den Arbeitsmarkt bei gleichzeitig steigender Arbeitslosigkeit durch Strukturwandel und konjunkturelle Abschwächung veränderte diese Nettoposition. Parallel dazu änderte sich das Bild der AusländerInnen in Österreich: aus den ursprünglich angeworbenen GastarbeiterInnen wurden Immigranten.

Ab den neunziger Jahren zahlen AusländerInnen tendenziell weniger in das Sozialversicherungssystem ein als sie daraus erhalten. Auf der Ausgabenseite entstehen zusätzliche Kosten für Flüchtlinge, die Unterkunft und Betreuung brauchen. Zudem kostet die zusätzliche Nachfrage nach Infrastruktureinrichtungen Geld, aber auch Qualifikationen der MigrantInnen, die hierzulande nicht anerkannt werden. Sie werden in Jobs eingesetzt, die unterhalb ihres Qualifikationsniveaus liegen und schlechter bezahlt sind, wodurch sie weniger Sozialversicherungsbeiträge und Lohnsteuer zahlen — dies trifft durchwegs gut qualifizierte MigrantInnen aus Ost-Mitteuropa. Negativ wirkt sich auch die illegale Beschäftigung ausländischer Arbeitskräfte aus, wodurch dem Staat nicht nur Einnahmen entgehen, sondern auch zusätzliche Kosten durch Haft oder Abschiebung entstehen. Neben den zusätzlichen Kosten auf der Ausgabenseite generiert die Zuwanderung natürlich auch positive Effekte auf der Einnahmenseite. Nach gelungener Integration ins Erwerbsleben zahlen ausländische Arbeitskräfte auch für Leistungen, die sie niemals in Anspruch nehmen werden.

Zur Berechnung der Nettoeffekte werden die Einnahmen des Staates aus der AusländerInnenbeschäftigung ohne Pensionsversicherungsbeiträge¹⁰⁾ den staatlichen Ausgaben gegenübergestellt (Biffi *et al.*, 1997, 2002). Im Bereich der Einnahmen werden Zahlungen an die Sozialversicherung sowie Lohnsteuer- und Mehrwertsteuerzahlungen berücksichtigt. Die Basis für die Ermittlung der Arbeitnehmer- und Arbeitgeberbeiträge zur Sozialversicherung und der Lohnsteuer bilden die Bruttoverdienste der ausländischen unselbständig Beschäftigten. Diese sind durchwegs geringer als vergleichbare Bruttoverdienste inländischer Arbeitskräfte, da ausländische Arbeitskräfte — wie bereits in den vorangegangenen Abschnitten ausgeführt — im Schnitt schlechter qualifiziert sind als inländische, sie darüber hinaus überproportional stark in Niedriglohn- und saisonabhängigen Branchen vertreten sind und in den wenigsten Fällen zu der Kernbelegschaft zählen (Biffi, 1997, 1999, 2000, 2003).

Im Bereich der Ausgaben werden aktive und passive Leistungen aus der Arbeitslosenversicherung herangezogen, sowie Zahlungen des Staates an Familien (Familienbeihilfe, Karenz-/Kinderbetreuungsgeld), öffentliche Bildungsausgaben für ausländische SchülerInnen und Studierende, öffentliche Ausgaben für Kranken- und Unfallversicherung und Wohnbauförderung.

Die geringeren Bruttoverdienste der AusländerInnen schlagen sich in geringeren Beitragszahlungen zur Arbeitslosenversicherung nieder. Dem gegenüber stehen verhältnismäßig mehr

¹⁰⁾ Diese Einschränkung wird wegen der Vergleichbarkeit mit den Werten aus 1993 und 1998 beibehalten. Die Pensionszahlungen blieben bislang unberücksichtigt, da keine nach Staatsbürgerschaft getrennten Daten über die Aufwendungen des Staates im Bereich von Pensionen und Renten vorliegen.

Auszahlungen an arbeitslose AusländerInnen, zumal sie aufgrund ihrer Beschäftigungs- und Ausbildungsstruktur häufiger von Arbeitslosigkeit betroffen sind als InländerInnen, insbesondere da sie — der österreichischen Judikatur folgend — bei Stellenabbau vor inländischen Arbeitskräften gekündigt werden müssen.

Obwohl Integrationsmaßnahmen für ausländische Kinder im Schulsystem zusätzliche Kosten verursachen, zahlt sich eine erfolgreiche Integration aus, zumal zukünftig höhere Beiträge ins Sozialversicherungssystem eingezahlt werden und das Arbeitslosigkeitsrisiko verkleinert wird. Trotz dieser Maßnahmen ist der AusländerInnenanteil in Sonderschulen — wie bereits erwähnt — überdurchschnittlich hoch.

Im Bereich der Familienleistungen nehmen AusländerInnen insbesondere Karenz- bzw. Kinderbetreuungsgeld sowie Familienbeihilfe in Anspruch, weil sie im Schnitt eine höhere Fertilität als InländerInnen haben. Darüber hinaus ist die Mitversicherung von großer, die beitragspflichtige Mitversicherung von geringer Bedeutung, weil die Mitversicherung in den meisten Fällen an Kinderbetreuungspflichten gebunden ist.

Die vergleichsweise „junge“ Altersstruktur der ausländischen Wohnbevölkerung wirkt sich nicht nur positiv auf das Pensionsversicherungssystem sondern auch auf das Krankenversicherungssystem aus.

Im Bereich der Wohnbauförderung zahlen AusländerInnen mehr ins System ein als sie aufgrund ihrer durchschnittlichen Einkommenssituation herausnehmen können (Czasny — Hartig — Schöffmann, 1999, Hammer, 1999, Gunz, 2000).

Die Struktur der ausländischen Wohnbevölkerung zu einem bestimmten Zeitpunkt gibt Auskunft darüber, ob sie zu diesem Zeitpunkt netto mehr ins Sozialversicherungssystem einzahlen oder ob sie mehr verbrauchen als sie einzahlen. Wenn man anstatt von Querschnittsdaten längerfristige Informationen benötigt, braucht man Longitudinaldaten, die einen Prozess über die Zeit beschreiben. In solch einem Generationenmodell werden die Kinderzahl, die Einbindung der Kinder und Jugendlichen in das Ausbildungssystem, das Einkommen der AusländerInnen, ihr Gesundheitszustand und ihre durchschnittliche Lebenserwartung mitberücksichtigt. Deutsche Studien zeigen, dass es eine optimale Kinderzahl gibt, bei der kinderbezogene Leistungen und spätere Rentenleistungen durch die Einzahlungsphase ausgeglichen werden (Vogel, 1996). Karin Mayr (2004) belegt für Österreich mittels einer "Generationenbilanzierung", dass AusländerInnen derzeit mehr in das Sozialversicherungssystem einzahlen als sie daraus beziehen, weil sie demographisch bedingt, insbesondere in jenen Altersgruppen anzutreffen sind, die Nettozahler des Sozialversicherungssystems sind.

Da sich die Zusammensetzung der in- und ausländischen Wohnbevölkerung aufgrund demographischer Faktoren über die Zeit wandeln wird, wird sich auch der Einfluss auf das Sozialversicherungssystem ändern. Zwischen Einnahmen und Ausgaben besteht dann ein Gleichgewicht, wenn die Einnahmen in Form von Beitragszahlungen die Ausgaben über den Lebenszyklus hinweg abdecken. Deshalb müssen die berechneten Einnahmen und Aus-

gaben im Falle der ausländischen Wohnbevölkerung die Transfers zwischen den Generationen ebenso berücksichtigen wie den monetären Einfluss der MigrantInnen auf das Bildungs-, Gesundheits- und Pflegesystem.

Aufbauend auf WIFO-Studien aus den Jahren 1997 (*Biffi et al., 1997, Biffi, 1997*) und 2002 (*Biffi et al., 2002*), die die Einnahmen aus der AusländerInnenbeschäftigung und die Ausgaben im Querschnitt analysierten, werden für das zuletzt verfügbare Jahr 2001 aktuelle Querschnittsdaten über die Nettoeffekte der Zuwanderung auf das Sozialversicherungssystem berechnet. Da manche Aufwendungen nicht eindeutig zuordenbar bzw. quantifizierbar sind, wurden für die vorliegenden Berechnungen dieselben Annahmen getroffen wie für die Berechnungen zuvor.

Die untersuchten Einnahmen setzen sich aus Sozialversicherungsbeiträgen, Lohn- und Mehrwertsteuerleistungen der AusländerInnen zusammen. Ausgehend von den beitragspflichtigen Monatseinkommen (inklusive Sonderzahlungen) gemäß Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger werden die Abgaben zur Sozialversicherung (einschließlich Wohnbauförderungsbeitrag und Kammerumlage) und Lohnsteuer auf Basis der Beitragsgruppe D1 berechnet. Die errechneten Sozialversicherungsbeiträge (einschließlich Wohnbauförderung und Kammerumlage) beliefen sich auf 930 Mio. €, nach 820 Mio. € 1998, die Lohnsteuerleistungen auf 450 Mio. €. Unter der Annahme, dass 50% des verfügbaren Nettoeinkommens für Konsumzwecke im Inland genützt wird, die mit 20% Mehrwertsteuer belastet sind, zahlten AusländerInnen 370 Mio. € an Mehrwertsteuer. Insgesamt dürften 2001¹¹⁾ AusländerInnen 1,76 Mrd. € ins Sozialversicherungssystem eingezahlt haben, d. h. um 12,9% mehr als 1998.

Diesen Einnahmen standen geschätzte Ausgaben in Höhe von 2,15 Mrd. € gegenüber. Die passiven Leistungen der Arbeitslosenversicherung errechnen sich aus dem durchschnittlichen monatlichen Leistungsbezug aus der Arbeitslosenversicherung gemessen an Häufigkeit und Dauer von Arbeitslosigkeitsepisoden. Daraus ergab sich für das Jahr 2001 eine Summe von 210 Mio. €. Die 56 Mio. € für aktive Maßnahmen für AusländerInnen in Fördermaßnahmen stützt sich auf eine Schätzung des BMWA¹²⁾. Für Familienleistungen wurden insgesamt 370 Mio. € ausgegeben, fürs Schulwesen 540 Mio. €. Die Ausgaben für Kranken- und Unfallversicherung wurden entsprechend dem AusländerInnenanteil an der Gesamtbeschäftigung (ohne Bezug von Karenz-/Kinderbetreuungsgeld und Präsenzdienst) für AusländerInnen mit 950 Mio. € ermittelt.

¹¹⁾ Die zuletzt verfügbaren Daten für alle Unterkategorien gibt es für 2001.

¹²⁾ Schätzung des BMWA, Sektion II über Förderaufwendungen ohne aktivierte AIV-Mittel.

Übersicht 1: Fiskalwirkungen von AusländerInnen in den Jahren 1993, 1998 und 2001

Angaben in Mio. €

Einnahmen	1993	1998	2002
Sozialversicherung ¹⁾	610,5	821,2	934,5
Lohnsteuer	319,7	429,3	454,2
Mehrwertsteuer	248,8	310,9	374,6
Insgesamt ¹⁾	1.179,0	1.561,4	1.763,3
Ausgaben			
Passive Leistungen der Arbeitslosenversicherung	159,9	189,6	211,2
Aktive Leistungen (Förderausgaben für AusländerInnen)	9,9	25,0	56,0
Geburtenbeihilfen	14,5	0,0	0,0
Familienbeihilfen	312,5	252,9	320,8
Karenzurlaubsgeld	58,1	50,2	50,8
Mutter-Kind-Pass	7,3	0,0	0,0
Schulsystem	472,4	459,3	538,3
Wohnbauförderung	21,8	21,8	21,8
Krankenversicherung	450,6	738,6	861,8
Unfallversicherung	58,1	81,7	92,4
Insgesamt ²⁾	1.565,1	1.819,1	2.153,0

Q: WIFO-Berechnungen. — ¹⁾ Ohne Einzahlung in die Pensionsversicherung. — ²⁾ Ohne Auszahlungen aus der Pensionsversicherung.

Die Auswirkungen des Schlüsselkraftabkommens auf den österreichischen Arbeitsmarkt

Das WIFO untersucht jährlich im Auftrag des Bundesministeriums für Inneres die Situation ausländischer Arbeitskräfte und ihre Auswirkungen auf den österreichischen Arbeitsmarkt (Niederlassungsverordnung gemäß § 18 Fremdenengesetz 1997) (Biffi — Bock-Schappelwein, 2003a, 2004). Aufgrund der Neuregelung des Zugangs ausländischer Arbeitskräfte auf den österreichischen Arbeitsmarkt seit Jänner 2003 beschränkt sich der quotenpflichtige Zuzug auf unselbständige und selbständige Schlüsselkräfte. Daneben können hoch qualifizierte ausländische Arbeitskräfte außerhalb der Quote als "Medienbedienstete", "Künstler" und "Unselbständige, vom Ausländerbeschäftigungsgesetz ausgenommen" auf dem österreichischen Arbeitsmarkt arbeiten.

Als unselbständige Schlüsselkräfte gelten laut § 2 Abs. 5 AuslBG AusländerInnen, die über eine besondere, am inländischen Arbeitsmarkt nachgefragte Ausbildung sowie über spezielle berufliche Kenntnisse verfügen. Darüber hinaus wird vorausgesetzt, dass ihre monatliche Bruttoentlohnung mindestens 60% der Höchstbemessungsgrundlage¹³⁾ gemäß § 108 Abs. 3 ASVG

¹³⁾ 113 € je Kalendertag.

zuzüglich Sonderzahlungen ausmacht, d. s. derzeit 2.070 €. Darüber hinaus muss die Schlüsselkraft mindestens eine der folgenden fünf Kriterien erfüllen:

1. Die Schlüsselkraft ist nicht nur wichtig für den Betrieb, sondern auch für die betroffene Region bzw. den Arbeitsmarkt.
2. Die Schlüsselkraft schafft neue Arbeitsplätze und sichert bestehende.
3. Die Schlüsselkraft ist eine Führungskraft.
4. Die Schlüsselkraft bringt Investitionskapital nach Österreich.
5. Die Schlüsselkraft verfügt über eine (Fach-)Hochschulausbildung oder eine sonstige fachlich besonders anerkannte Ausbildung.

Selbständige Schlüsselkräfte erhalten eine Niederlassungsbewilligung, wenn die nach der Niederlassung der Schlüsselkraft zuständige Landesgeschäftsstelle des AMS ein positives Gutachten über den gesamtwirtschaftlichen Nutzen der beabsichtigten Erwerbstätigkeit erstellt hat.

Bis dato war die Zahl der anerkannten Schlüsselkräfte¹⁴⁾ sehr gering. Letztes Jahr wurden insgesamt 934 Erstniederlassungsbewilligungen für Schlüsselkräfte erteilt (unselbständige Schlüsselkräfte: 849; selbständige Schlüsselkräfte: 85). Im heurigen Jahr wurden bislang 323 Erstniederlassungen für selbständige und unselbständige Schlüsselkräfte bewilligt (Stand Ende Juni 2004); im Juni 2004 gab es in Österreich insgesamt 988 Schlüsselarbeitskräfte, davon 886 unselbständige und 102 selbständige Schlüsselkräfte. Aus der Gegenüberstellung von Bestand und neu erteilten Erstniederlassungsbewilligungen kann auf die Dynamik innerhalb dieser Erteilungsort geschlossen werden. Es zeigt sich, dass in der ersten Jahreshälfte 2004 verhältnismäßig mehr Schlüsselkräfte das Land verließen als neu hinzukamen. Die Abgangsquote¹⁵⁾ der Schlüsselkräfte lag bei durchschnittlich 6,9% pro Monat, die Zugangsquote¹⁶⁾ bei 5,1%.

Als Personen, die über einen quotenfreien erstmaligen Zugang zum Arbeitsmarkt verfügen, gelten nach § 19 Abs. 2 FrG folgende Gruppen:

- Bediensteter ausländischer Informationsmedien¹⁷⁾,
- Künstler,
- Unselbständig erwerbstätige, die vom Geltungsbereich des AuslBG ausgenommen sind,

¹⁴⁾ ForscherInnen, die vom AuslBG ausgenommen sind, gelten nicht als Schlüsselkräfte.

¹⁵⁾ Abgänge(t) in % des Bestandes(t-1). Die Abgänge ergeben sich aus der Bestandsdifferenz zwischen (t) und (t-1) zuzüglich von Zugängen, die in Form von Erstniederlassungsbewilligungen publiziert werden.

¹⁶⁾ Zugänge(t) in % des Bestandes(t-1).

¹⁷⁾ Sofern ihr Unterhalt durch das Einkommen gedeckt wird, das sie als Bedienstete dieser Medien beziehen und sie in Österreich keine andere Erwerbstätigkeit ausüben (§ 19 Abs. 2 lit. 1 FrG).

- Personen, die in Österreich sichtvermerkspflichtig sind¹⁸⁾.

In der Novelle zum AuslBG wurde diese Personengruppe, die nicht dem Geltungsbereich des AuslBG unterliegt, um besondere Führungskräfte¹⁹⁾, ihre EhegattInnen, Kinder und Bedienstete sowie WissenschaftlerInnen und ForscherInnen ausgeweitet. Sie sind unter den aufrechten Aufenthaltstiteln "Medienbedienstete", "Künstler" und "Unselbständige, vom Ausländerbeschäftigungsgesetz ausgenommen" zu finden; 2003 arbeiteten insgesamt 2.478 höher qualifizierte AusländerInnen unter diesen 3 Aufenthaltskategorien in Österreich (davon 54 Medienbedienstete, 621 Künstler und 1.803 vom AuslBG ausgenommene Erwerbstätige). Bis zur Jahresmitte 2004 stieg diese Zahl um 4,4% auf insgesamt 2.588 aufrechte Aufenthaltstitel. Entgegen dem Trend bei den Schlüsselkräften weisen sie heuer eine stärkere Zugangs- als Abgangsdynamik auf (durchschnittlich 2,3% versus 1,7% pro Monat); d. h. im heurigen Jahr kamen bisher verhältnismäßig mehr Personen unter diesen drei Aufenthaltstiteln nach Österreich als wieder aus Österreich weggingen.

Zusammen mit den Schlüsselkräften gab es daher am 1. Juli 2004 insgesamt 3.600 höher qualifizierte ausländische Arbeitskräfte in Österreich. Die Ausweitung des Arbeitskräfteangebots in diesem Qualifikationsbereich über Schlüsselkräfte und Medienbedienstete, Künstler und insbesondere WissenschaftlerInnen und ForscherInnen (als Unselbständige, die vom AuslBG ausgenommen werden) ist zu begrüßen, da sich Österreich im Zuge des Lissabon-Prozesses zu einer Anhebung der Wettbewerbsfähigkeit und zu Verbesserungen im Aus- und Weiterbildungsbereich verpflichtet hat. Obendrein erhöht sich die ForscherInnenquote in Österreich.

Obwohl höher qualifizierte ausländische Arbeitskräfte sehr wichtig für die österreichische Wirtschaft und die internationale Vernetzung sind, kann aufgrund ihrer verhältnismäßig geringen Größenordnung²⁰⁾ in Relation zur Gesamtzahl der Erwerbstätigen keine exakte Evaluierung ihres Einflusses auf den österreichischen Arbeitsmarkt an dieser Stelle vorgenommen werden.

¹⁸⁾ Familienangehörige von ÖsterreicherInnen oder EU-/EWR-BürgerInnen, die Drittstaatsangehörige sind.

¹⁹⁾ Als besondere Führungskräfte gelten AusländerInnen in leitenden Positionen sowie international anerkannte ForscherInnen, deren Beschäftigung der Verbesserung der Wirtschaftsbeziehungen oder der Schaffung neuer Arbeitsplätze in Österreich dient und die monatlich mindestens brutto 120% der Höchstbemessungsgrundlage (§ 108 Abs. 3 ASVG) zuzüglich Sonderzahlungen verdienen.

²⁰⁾ Gemessen an den prognostizierten aktiven Erwerbstätigenzahlen für 2004 beträgt ihr Anteil 0,1%.

Abbildung 9: Unselbständige und selbständige Schlüsselkräfte in Österreich seit Jänner 2003

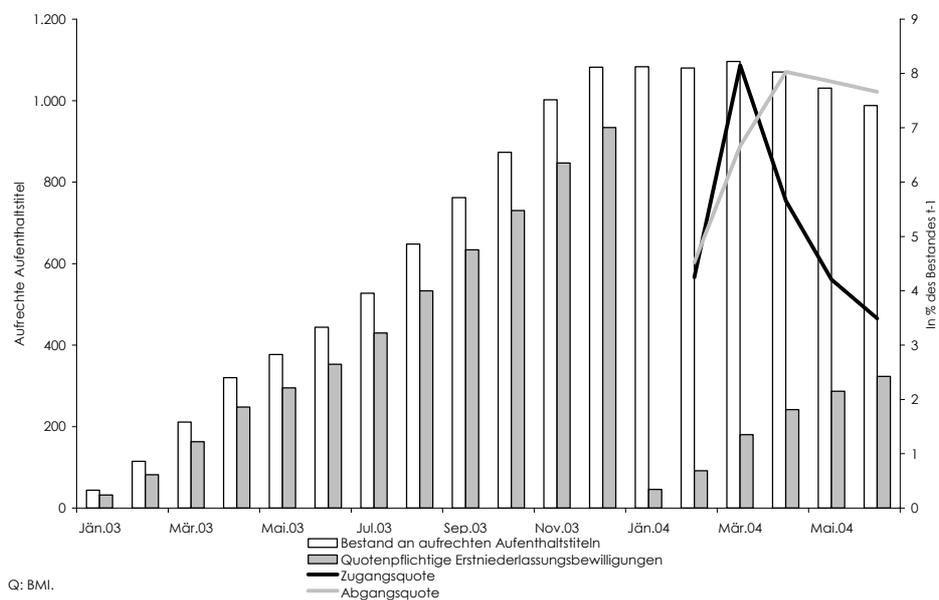
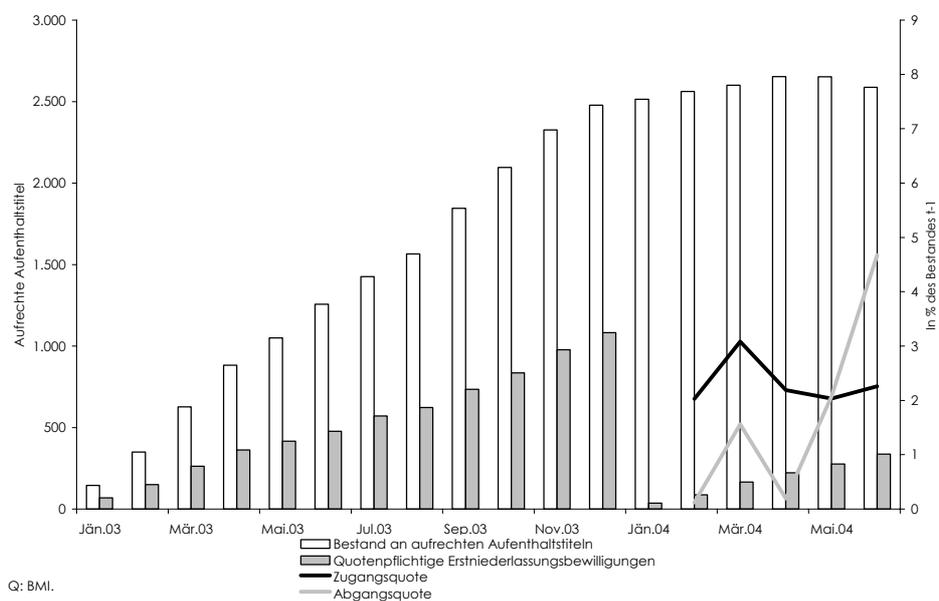


Abbildung 10: Ausländische Medienbedienstete, Künstler und Unselbständige, die vom AuslBG ausgenommen sind, in Österreich seit Jänner 2003



Literatur

- Allmendinger, J., Hinz, T., 1998, Bildung, in: Material- und Analyseband zur sozialen Lage in Bayern, München. <http://www.stmas.bayern.de/sozialpolitik/sozialbericht/anlage07.pdf>
- Apitzsch, G., 1999, Schulbesuch unerwünscht. Aspekte der Diskriminierung von Flüchtlingskindern und Kinderflüchtlings im deutschen Bildungssystem, Universität Oldenburg. <http://docserver.bis.uni-oldenburg.de/publikationen/bisverlag/meizur97/kap5.pdf>
- Bayrisches Staatsministerium für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen, 2003, Ausländerintegration in Bayern, Folgebericht, München.
- Biffi, G., 1997, Die Zuwanderung von Ausländern nach Österreich. Kosten-Nutzen-Überlegungen und Fragen der Sozialtransfers, WIFO-Monatsberichte 70(9), S. 557-565.
- Biffi, G., 1999, Insider und Outsider, Inländer und Ausländer: wo sind die Grenzen?, WIFO Working Papers 125.
- Biffi, G., 2000, Zuwanderung und Segmentierung des österreichischen Arbeitsmarktes. Ein Beitrag zur Insider-Outsider Diskussion, in: Husa, K., Parnreiter, C., Stacher, I., Internationale Migration. Die globale Herausforderung des 21. Jahrhunderts?, S. 207-227.
- Biffi, G., 2002, Ausländische Arbeitskräfte auf dem österreichischen Arbeitsmarkt, WIFO-Monatsberichte 75(8), S. 537-550.
- Biffi, G., 2003, Mobilitäts- und Verdrängungsprozesse am österreichischen Arbeitsmarkt: der Fall der unselbständig beschäftigten AusländerInnen, In: Fassmann, H., Stacher, I. (Ed.), Österreichischer Migrations- und Integrationsbericht: demographische Entwicklungen, sozioökonomische Strukturen, rechtliche Rahmenbedingungen, Drava Verlag, Klagenfurt, S. 62-77.
- Biffi, G., 2004, Chancen von jugendlichen Gastarbeiterkindern in Österreich, WISO 27(2), S. 37-55.
- Biffi, G., Bock-Schappelwein, J., 2003a, Zur Niederlassung von Ausländern in Österreich, Studie des WIFO im Auftrag des BMI, Wien.
- Biffi, G., Bock-Schappelwein, J., 2003b, Soziale Mobilität durch Bildung? — Das Bildungsverhalten von MigrantInnen, In: Fassmann, H., Stacher, I. (Ed.), Österreichischer Migrations- und Integrationsbericht: demographische Entwicklungen, sozioökonomische Strukturen, rechtliche Rahmenbedingungen, Drava Verlag, Klagenfurt, S. 120-130.
- Biffi, G., Bock-Schappelwein, J., 2004 (mimeo), Zur Niederlassung von Ausländern in Österreich, Studie des WIFO im Auftrag des BMI, Wien.
- Biffi, G., Bock-Schappelwein, J., Huber, P., Hammer, G., Kytir, J., Waldrauch, H., Matuschek, H., Bittner, M., Kohl, F., 2002, Arbeitsmarktrelevante Effekte der Ausländerintegration in Österreich, Studie des WIFO im Auftrag von BMWA und BMI, WIFO-Gutachtenserie, Wien.
- Biffi, G., Deutsch, E., Lutz, H., Marterbauer, M., 1997, Ökonomische und strukturelle Aspekte der Ausländerbeschäftigung in Österreich, Studie des WIFO im Auftrag des AMS, Wien.
- Czasy, K., Hartig, R., Schöffmann, W., 1999, Wohnsituation von Arbeitsmigranten in Wien, Stadt+Regionalforschung GmbH, Wien.
- Demel, K., Bender, C., 1999, Qualifikationsniveau von slowenischen, tschechischen und ungarischen ArbeitsmigrantInnen und ihre Position am österreichischen Arbeitsmarkt, ICMPD, Wien.
- Gunz, J., 2000, AusländerInnen zwischen Anpassung und Ausgrenzung: Zusammenfassung einer Studie über die soziale Lage der AusländerInnen in Oberösterreich, Linz, WISO (23), S. 89-116.
- Hammer, G., 1999, Lebensbedingungen von Ausländern in Österreich, Wien, Statistische Nachrichten 54(11), S. 965-980.

- Hintermann, C., 2000, Die "neue" Zuwanderung nach Österreich — Eine Analyse der Entwicklung seit Mitte der 80er-Jahre, SWS-Rundschau, 40(1), S. 5-24.
- Jeschek, W., 2001, Schulbesuch und Ausbildung von jungen Ausländern — kaum noch Fortschritte, DIW-Wochenbericht 10/01, Berlin. <http://www.diw.de/deutsch/produkte/publikationen/wochenberichte/docs/01-10-2.html>
- Kogan, I., 2002, Labour market inclusion of immigrants in Austria and Sweden: The significance of the period of migration and the effect of citizenship acquisition, MZES Working paper 44. <http://www.mzes.uni-mannheim.de/publications/wp/wp-44.pdf>
- Mayr, K., 2004, On the fiscal impacts of immigration, Dissertation, Johannes Kepler Universität Linz, Linz. <http://www.-econ.jku.at/mayr/diss.pdf>
- Olechowsk, R., Persy, E., 1993, Frühe schulische Auslese. Verlag Peter Lang GmbH, Frankfurt.
- Powell, J., Wagner, S., 2001, Daten und Fakten zu Migrantenjugendlichen an Sonderschulen in Deutschland, Selbständige Nachwuchsgruppe Working Paper 1/2001, Max-Planck-Institut für Bildungsforschung, Berlin.
- Romus, R., 1998, Ausländer, In: Material- und Analyseband zur sozialen Lage in Bayern 1998, München. <http://www.-stmas.bayern.de/sozialpolitik/sozialbericht/anlage15.pdf>
- RWI, 2001, Berufliche Integration von Zuwanderern, Gutachten im Auftrag der Unabhängigen Kommission "Zuwanderung" beim Bundesminister des Inneren, Essen.
- Santel, B., 2000, Die Lebenslage junger Migranten: Zur Problematik der "Dritten Generation", Bonn. <http://www.fes.de/fulltext/asfo/00684002.htm>
- Thränhardt, D., 1999, Einwandererkulturen und soziales Kapital. Eine komparative Analyse, in: Fassmann, H., Matuschek, H., Menasse-Wiesbauer, E., Abgrenzen — Ausgrenzen — Aufnehmen. Empirische Befunde zu Fremdenfeindlichkeit und Integration, DRAVA-Verlag, Klagenfurt.
- Vogel, D., 1996, Fiskalische Effekte der Zuwanderung im sozialen Sicherungssystem. Eine theoretische Analyse verschiedener Migrations-, Familien- und Einkommensverläufe, ZES-Arbeitspapier Nr. 1, Universität Bremen: Zentrum für Sozialpolitik.

© 2004 Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung

Medieninhaber (Verleger), Herausgeber und Hersteller: Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung,
Wien 3, Arsenal, Objekt 20 • Postanschrift: A-1103 Wien, Postfach 91 • Tel. (+43 1) 798 26 01-0 •
Fax (+43 1) 798 93 86 • <http://www.wifo.ac.at/> • Verlags- und Herstellungsort: Wien

Verkaufspreis: 30,00 €, Download 24,00 €:

http://publikationen.wifo.ac.at/pls/wifosite/wifosite.wifo_search.get_abstract_type?p_language=1&pubid=25369